



3. Postulat Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2008 betreffend die Prüfung der Einführung des integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP); Stellungnahme

I Eintreten:

Eintreten ist unbestritten und stillschweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener erläutert, sich im Gemeinderat intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt zu haben und zur Überzeugung gelangt zu sein, dass die Stadt Langenthal zur Erarbeitung, Planung und Festlegung der politischen Schwerpunkte über zweckdienliche und zielführende Planungsinstrumente verfüge. Dazu würden die Richtlinien der Regierungstätigkeit und daraus abgeleitet die Legislaturziele gehören, worin die politischen Schwerpunkte formuliert und definiert seien. Die Richtlinien der Regierungstätigkeit würden periodisch überprüft und den Zielvorstellungen entsprechend angepasst. Daraus abgeleitet werde der jährlich überarbeitete Finanz- und Investitionsplan, der den Investitionsbedarf und die Finanzentwicklung der Stadt darstelle. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass sich diese Planungsinstrumente für den politischen Prozess sehr gut bewähren würden und nicht ergänzt werden müssten. Der Postulant rege mit seinem Vorstoss an, die Einführung des IAFP zu prüfen. Dabei gehe es um ein Planungsinstrument, das verstärkt auch die systematische Erfassung der Betriebskosten beinhalten würde. Dieses neue Planungsinstrument würde grundlegende Anpassungen im Rechnungssystem der Stadt Langenthal erfordern. So müssten zwingend Änderungen in Richtung kostenstellenbezogener Rechnungslegung gemacht werden. Also ein Schritt in Richtung NPM (New Public Management) oder wirkungsorientierter Verwaltungsführung.

Der Gemeinderat vertrete die Auffassung, dass

1. die heutigen Planungsmodule zweckdienlich und zielführend seien;
2. der vorgeschlagene Systemwechsel mit einem beträchtlichen internen Aufwand verbunden wäre.

Zudem sei zu berücksichtigen, dass für die Erarbeitung der zusätzlichen Information die nötigen Grundlagen seriös aufgearbeitet werden müssten. Vielfach sei dies aber kaum möglich. Das Beispiel zur Schätzung der Steuereinnahmen oder das zur Teuerungsprognose zeige, dass, wenn die Datengrundlage ungenügend oder mit vielen Unsicherheiten behaftet sei, auch ein ausgeklügeltes Planungssystem wenig nütze, da man mit den Resultaten und den daraus folgenden Interpretationen eher fehlgeleitet werde.

Aus diesen Gründen, beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Reto Steiner weist darauf hin, in Langenthal bislang die Planungsinstrumente:

- Richtlinien der Regierungstätigkeit (Legislaturplanung)
- Investitionsplan
- Finanzplan

zu kennen bzw. zur Verfügung zu haben. Diese Instrumente seien zur Beantwortung von Fragen über die Zielsetzung von Gemeindefinanzen oder über die qualitativen und finanziellen Auswirkungen von Kosten für die Aufgabenerfüllung von Gemeinden nur bedingt aussagekräftig. Es fehle an Transparenz und Übersicht. Der Informationsgehalt betreffend Themen wie beispielsweise "Sicherheit" oder "frühe Einschulung" sei auf das Zahlenmaterial im Rahmen der Investitionsplanung und auf das der Personalkosten beschränkt. Das Instrument IAFP sei praxisnah und erprobt und biete eine einfache transparente Übersicht. Der Gemeinderat vertrete die Auffassung, dass mit der Einführung des IAFP gleichzeitig die Umstellung auf das NPM (new Public Management) verbunden werden müsste. Anhand der Gemeinde Köniz, die eine Gegnerin des NPM sei und den IAFP ohne Umstellung auf NPM eingeführt habe, lasse sich dieses Argument entkräften. Auch Langenthal brauche dieses Instrument zur Erhöhung der Transparenz und um innovativ zu sein. Mit einem IAFP würde kein neues Steuerungsinstrument zur Erhöhung des Aufwandes eingeführt, sondern ein - mit bereits vorhandenen Grundlagen, aber auf die Stadt adaptiertes - Instrument zum Abbau von Bürokratie geschaffen.



Er bittet, mutig zu sein und den Gemeinderat aufzufordern, dem im Postulat geforderten Prüfungsauftrag nachzukommen, anstatt die Thematik ohne Prüfung "totzuschlagen". Der Prüfungsaufwand dürfte sich mit der Vornahme von einem oder zwei Telefonaten mit IAFP-erfahrenen Gemeinden in einem kleinen Rahmen halten.

Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion, gibt zu bedenken, dass mit einer Haltung oder mit Aussagen gegenüber Neuem im Sinne von *"Das mache ich nicht mehr mit (beispielsweise Informatik)!"* signalisiert werde, alt zu sein oder zu werden... Der IAFP sei kein neumodischer "Guguus", sondern mittlerweile ein vielerorts eingesetztes transparentes Führungsinstrument. Aus den Grundlageakten gehe heraus, dass der Gemeinderat an einer Prüfung dieses Instruments nicht wirklich interessiert sei. Andere Gemeinden hätten damit aber sehr gute Erfahrungen gemacht. Langenthal sei ein anerkannter Wirtschaftsstandort und habe Zentrumsfunktion. Die FDP/jll-Fraktion erachte die Prüfung der Möglichkeiten dieses Instruments, bevor ein Entscheid dafür oder dagegen gefällt werden könne, als angebracht und werde für die Erheblicherklärung des Postulats stimmen.

Helena Morgenthler, SVP-Fraktion, ist namens der SVP-Fraktion der Meinung, dass es mit den derzeit zur Verfügung stehenden Steuerungsinstrumenten (Richtlinien der Regierungstätigkeit, Finanzstrategie, Finanz- und Investitionsplanung) bereits heute möglich sei, bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen, um auf veränderte Situationen und politische Anliegen zu reagieren. Das Beispiel, wie auf den Mittelzufluss aus dem onyx-Aktienverkauf reagiert worden sei, zeige, wie funktionell und zweckmässig das heutige System sei. Auch die Revisionsgesellschaft habe im vergangenen Jahr keinerlei Hinweise bzw. Verbesserungsvorschläge dazu erteilt. Die SVP-Fraktion sehe in der Einführung des IAFP keinen Nutzen für die Stadt Langenthal und plädiere, dem Antrag des Gemeinderats folgend, die Nichterheblicherklärung des Vorstosses.

Stefanie Loser-Fries, SP/GL-Fraktion, nimmt vorweg, das Postulat in der SP/GL-Fraktion kontrovers diskutiert zu haben. Ein Teil der SP/GL-Fraktion teile die Ansicht des Gemeinderats, dass die bestehenden Planungs- und Steuerungsinstrumente genügen würden. Dies, weil die zur Verfügung stehenden Instrumente zum Teil gar nicht genutzt würden und somit mehr Handlungsbedarf in der verbesserten Nutzung gesehen werde. Ein Teil der Mitglieder - wozu sie persönlich auch gehöre - werde das Postulat und den damit verbundenen Prüfungsauftrag unterstützen, weil sich aus einer Prüfung eine Chance für die Stadt ergeben könnte, die man nutzen sollte. Die SP/GL-Fraktion habe Stimmfreiheit ihr Mitglieder beschlossen, weil keine klare Mehrheit gefunden werden konnte.

Richard Bobst bittet die Haltung der FDP/jll-Fraktion für die Erheblicherklärung des Postulats nicht falsch zu interpretieren. Die FDP/jll-Fraktion habe Vertrauen in den Gemeinderat und beabsichtige mit dem Prüfungsauftrag nicht ein Disziplinarinstrument gegen den Gemeinderat zu erhalten bzw. zu finden. Es gehe darum ein Instrument zu prüfen, dass es allenfalls ermöglichen würde, mehr über die Zukunft zu erfahren.

Stefan Ryser versteht die Haltung der FDP/jll-Fraktion. Auch er wolle Transparenz. Da aber bereits heute Tools vorhanden seien, die diesem Anspruch bei besserer Nutzung gerecht würden, sei er der Meinung, zuerst den Nutzen dieser Instrumente zu optimieren. Mit der Einführung eines IAFP wäre die Glatteisgefahr nicht gebannt, in die man sich begeben, wenn jeweils in den Monaten April/Mai die Steuereinnahmen für das Folgejahr festzulegen seien, oder die Teuerung auf 4 Jahre hinaus berechnet werden müsse. Auch im Sozialwesen habe die Detailplanung für den Bedarf künftiger Mittel schon seit jeher ohne ein entsprechendes Tool erfolgen müssen - was im Übrigen dank der Professionalität des Sozialamtsvorstehers, Adrian Vonrüti, hervorragend klappe. Aus diesen Gründen werde er das Postulat persönlich nicht unterstützen.

Markus Gfeller meint - schon aufgrund der kontroversen Diskussion zum Thema dazu zu neigen - die Erheblicherklärung des Postulats bzw. dessen Prüfungsauftrag zu unterstützen. Er erachte den Zeitpunkt einer Prüfung - jetzt, wo finanzielle Mittel vorhanden seien - als richtig. Was die geäusserte Kritik an der Haltung des Gemeinderates zum IAFP betreffe, so nehme er den Gemeinderat in Schutz. Obwohl es nur um die Prüfung des Anliegens gehen, habe der Gemeinderat das Recht, seine Meinung klar zu vertreten.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 19. Mai 2008

Reto Steiner unterstützt die Aussage von Stadtrat Richard Bobst, den IAFP nicht als Instrument des Misstrauens gegenüber dem Gemeinderat zu sehen. Auf die Anmerkung von Stadtrat Stefan Ryser, die Detailplanung künftiger Mittel im Sozialbereich sei bisher auch ohne entsprechendes Tool vorgenommen worden, entgegnet er, dass die heute in diesem Bereich auszuarbeitenden Zahlen bereits mit denen des IAFP vergleichbar seien.

Stadtpräsident Thomas Rufener, dankt für die offene Diskussion und Meinungsäusserung. Mehr Transparenz diene allen. Der Gemeinderat gehe aber davon aus, dass die zur Verfügung stehenden Instrumente zweckdienlich seien und eine Systemänderung hin zum IAFP keine Vorteile bieten würde. Dies, weil die Güte der Informationsunterlagen nach wie vor auch Prognosefaktoren enthalte, mit welchen kaum ein sicherer Standard erreicht werden könne als bisher. Auch mit dem Instrument des IAFP lasse sich in der Prozesssimulationsphase kein adäquateres Abbild der Situation herstellen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 12 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):

1. **Das Postulat Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2008 betreffend die Prüfung der Einführung des integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP), wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-